

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/27

Bonn, den 8. Februar 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	<u>Auch ein Jubiläum</u>	38

Vor der Wissenschaftsdebatte des Bundestages am 10. Februar

Von Klaus Helfer

2	<u>So geht es nicht !</u>	34
---	---------------------------	----

Ein trauriger Marsch und seine traurigen Folgen

Von Frank Sommer

3 - 4	<u>Denken in längeren Zeiträumen</u>	95
-------	--------------------------------------	----

SED eröffnet den bayerischen Kommunalwahlkampf

Von August Kerger, Bonn

5 - 6	<u>Lateinamerikanisches Kaleidoskop</u>	81
-------	---	----

Argentinien: Peronisten weiter auf dem Vormarsch -
Härterer Kurs in Kubas Innenpolitik - Schwache OAS-
Antwort auf die "Konferenz der drei Kontinente" -
Traum Westeuropa

+ + +

Auch ein Jubiläum

Vor der Wissenschaftsdebatte des Bundestages am 10. Februar

Von Klaus Helfer

Seit nunmehr zehn Jahren geben Große Anfragen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion dem Bundestag Gelegenheit, die Probleme der Wissenschafts- und Bildungspolitik in der Bundesrepublik zu erörtern. Vor- gleichlich man anlässlich dieses Jubiläums alles das, was seit der Großen Anfrage der SPD über die Förderung von Wissenschaft und Forschung vom März 1956 vor dem Hohen Hause erklärt wurde mit dem, was seither wirklich geschah, dann wird die Skepsis verständlich, mit der die interessierte Öffentlichkeit den jährlichen Pflichtübungen des Parlaments begegnete. Allzu groß klappt das Mißverhältnis zwischen wortreichen Bekundungen guten Willens und löblicher Absichten auf der einen und den zwar nicht zu unterschätzenden, aber doch im ganzen recht bescheidenen Fortschritten auf der anderen Seite. Wie die Akzente dieser Debatten immer variierten - ihr Leitmotiv blieb in diesen zehn Jahren das gleiche: die Klage, durch unzulängliche Mittel und Befugnisse daran gehindert zu sein unbefriedigenden Zuständen wirksam abzuhelpfen, weil weder die Regierung noch die Öffentlichkeit davon zu überzeugen waren, daß staatliche Bildungs- und Wissenschaftspolitik längst vom abgelegenen Tummelplatz politisierenden Philanthropen- und Mäzenatentums ins strategische Zentrum der Gesamtpolitik gerückt ist, die über die Existenzfragen hochentwickelter Gemeinwesen entscheidet.

1964 - Das Jahr ver verpaßten Chancen

1964 setzte eine Entwicklung ein, die zur Revision des für die deutsche Nachkriegspolitik so charakteristischen zukunftsblinden Regierungsstils hätte führen können. Zum ersten Mal diskutierte eine breite Öffentlichkeit den besorgniserregenden Rückstand, in den sich Bildung und Wissenschaft in der Bundesrepublik gegenüber vergleichbaren Nationen befinden, auf dem Hintergrund seiner wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen. Am 3. März 1964 forderte die SPD-Fraktion im Anschluß an die Debatte ihrer Großen Anfrage zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung und zur Bildungsplanung die Bundesregierung auf, "den inneren Zusammenhang der Maßnahmen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik einerseits und der Wissenschafts- und Bildungspolitik andererseits zu wahren". Am 9. Dezember 1964 begründete Fritz Erler die Große Anfrage seiner Fraktion zur Überwindung des Bildungsnotstandes mit dem Hinweis auf die "engen Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher Entwicklung, sozialer Stellung, sozialen Problemen und dem Stande des Bildungswesens". Die Tatsache, daß sich der SPD-Fraktionschef dieser Aufgabe selbst unterzog, untertrich nachdrücklich den Stellenwert, den die Wissenschafts- und Bildungspolitik inzwischen für das gesamtpolitische Interesse gewonnen hatte. Auch bei dieser Gelegenheit sparten Regierung und Regierungsparteien nicht mit Bekundungen guter Vorsätze, die sie allerdings bereits wenige Wochen später bei der Beratung des Bundeshaushaltes 1965 soweit vergessen hatten, um die von der Wissenschaft dringend benötigten Förderungsmittel zugunsten wahltaktisch wirksamerer Staatsausgaben zu kürzen und damit die Befürchtungen des Wissenschaftsrats-Präsidenten Professor Raiser zu bestätigen, daß die Politik der Wahlgeschenke zwangsläufig auf Kosten der Wissenschaftsförderung gehen müsse.

Bildungs- und Wissenschaftsförderung in neuen Zusammenhängen

Es ist zu bedauern, daß diese "Jubiläumsdebatte" zur Bildungs- und Wissenschaftspolitik des Bundes am 10. Februar 1966 der Aussprache des Parlaments über das Sachverständigen Gutachten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zeitlich vorgezogen wurde. Die Auseinandersetzungen werden wiederum darum gehen, daß die Leistungen des Bundes für Hochschulbauten und Forschung im Haushalt 1965 um 89 Millionen DM hinter dem notwendigen Bedarf zurückblieben und daß für seine Deckung im Haushaltsentwurf 1966 199 Millionen DM fehlen. Aber die Konsequenzen einer derartigen Haushaltspolitik hinsichtlich der Verschiebung dringend benötigter Hochschulbauten, der verringerten Nutzung kostspieliger Forschungsanlagen und der Abwanderung qualifizierter Wissenschaftler ins Ausland dürfen nicht allein im Zusammenhang mit den fiskalischen "Sparmaßnahmen" diskutiert werden. Was hier sparen heißt, dient kaum der Erhaltung des Geldwertes und schadet auf jeden Fall dem wirtschaftlichen Wachstum, es ist in Wahrheit eine unverantwortliche Verschwendung öffentlicher Mittel. Das Sachverständigen Gutachten sagt recht offen, was von der Schulbürgermentalität solcher Haushaltspolitik zu halten ist:

- * "Die Finanzprobleme aber auf Kosten der Bildungsinvestitionen lösen zu wollen, wäre sicher kein guter Beginn für eine an Ziele des angemessenen Wachstums orientierte, vorausschauende Finanzpolitik."

Diese Wissenschaftsdebatte darf keine Angelegenheit der Kulturpolitiker allein sein. Hier ergibt sich für die Wirtschafts- und Finanzexperten bereits die erste Gelegenheit, das Thema anzuschlagen, welches die kommende Konjunkturdebatte und die Auseinandersetzungen dieses Jahres um die Neuordnung des Finanzausgleiches beherrschen wird: die Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums, aus der allein die Maßstäbe fiskalischer "Haushaltssicherung" gewonnen werden können. Keiner von ihnen kann ernsthaft bestreiten, daß die Fortschritte wissenschaftlicher Forschung und technischer Entwicklung ebenso wie die zu einem Höchstmaß beruflicher und sozialer Flexibilität befähigende Ausbildung des "menschlichen Produktionsfaktors" zu den wichtigsten Voraussetzungen jenes Strukturwandels gehören, von dem jede Wohlfahrtssteigerung abhängt. Unversehens sind die öffentlichen Investitionen für Bildung und Wissenschaft zum Schlüsselproblem einer Haushaltspolitik geworden, die der Stabilisierung des Geldwertes und der Sicherung des langfristigen Wachstums in gleicher Weise dienen soll. Nach dem Gutachten des Sachverständigenrates erfordert allein die Aufrechterhaltung des jetzigen Versorgungsstandes, daß "die Ausgaben für Schulen und Hochschulen nicht unbeträchtlich schneller steigen als die Gesamtausgaben der öffentlichen Hand oder das Bruttosozialprodukt".

Investitionen oder Subventionen

Der Bundeskanzler hat sich dem Appell Professor Leussinks verschlossen, der als Vorsitzender des Wissenschaftsrates die Aufstockung der im Haushaltsentwurf 1966 für den Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen vorgesehenen Investitions-Ansätze um 180 Millionen DM verlangte. Zweifellos hätte eine Zusage weitere Kürzungen in den von mächtigen Interessengruppen hartnäckig verteidigten Subventions-Etats nach sich ziehen müssen. Dies war eine politische Entscheidung über Prioritäten. Wird Ludwig Erhard damit das Staatsschiff auf dem Kurs halten können, der uns die schmale Passage zwischen der Scylla der Inflation und der Charybdis wirtschaftlicher Stagnation finden läßt?

So geht es nicht !

Ein trauriger Marsch und seine traurigen Folgen

Von Frank Sommer

Wie leicht es ist, von Demokratie zu reden oder zu schreiben und wie schwer, ihre - manchmal unbequemen - Spielregeln einzuhalten, hat sich dieser Tage wieder einmal drastisch gezeigt: Wir meinen die hysterischen und übersteigerten Reaktionen, die eine unüberlegte und törichte Studentendemonstration in Berlin ausgelöst haben.

Was hat sich ereignet? Einige Studentenorganisationen hatten zu einer - polizeilich genehmigten - Protestdemonstration gegen die amerikanische Kriegsführung in Vietnam aufgerufen. Etwa 1 500 bis 2 000 Studenten waren dem Aufruf gefolgt.

Daß sich ausgerechnet unter Studenten - von denen man zunächst einmal annehmen sollte, daß sie sich zuerst geistig mit einem Problem befassen, bevor sie auf die Straße gehen - immer wieder Leute finden, die ein gewisses Mindestmaß an objektiver Betrachtung vermissen lassen, ist ein Phänomen, über das sich Soziologen und Psychologen interessante Gedanken machen könnten - und zwar nicht nur in Deutschland.

In Berlin marschierten am Samstagnachmittag Ignoranz, Einseitigkeit und Unehrlichkeit. Das ist bedauerlich. Daß sich einige wenige dieser Demonstranten durch kommunistische Einseitiger dazu aufhetzen ließen, Hand an die Flagge der Vereinigten Staaten am Amerikahaus zu legen, ist mehr als bedauerlich. Es ist infam und unerträglich. Deshalb tat die Polizei nur ihre Pflicht, als die dagegen zur Gewalt schritt.

Damit könnte die Angelegenheit erledigt sein - und in anderen westlichen Demokratien wäre sie es auch. In Deutschland ist sie es nicht. Hier folgt etwa dies: "Albertz soll zurücktreten", "Erregung um Berliner Tumulte", "Brandt ist schuld", "Verbieten", "Einsperren", "Schluß machen" usw. Wo leben wir? Was ist das für eine Demokratie, die mit den Dummheiten einiger hundert Wirrköpfe nicht fertig werden kann? Was sind das für Leute, die statt einer ruhigen Antwort, statt eines klärenden Wortes - auch eines harten deutlichen Wortes, wenn es sein muß - alles Maß verlieren und in keifende Hysterie verfallen?

Das sind Fragen, die uns nachdenklich stimmen und mit Scham erfüllen müssen. Unterdessen lacht sich Pankow eins ins Fäustchen - und hat allen Grund dazu.

Denken in längeren Zeiträumen

SPD eröffnet den bayerischen Kommunalwahlkampf

Von August Kerger, Bonn

Über 1.000 Sozialdemokratische Kommunalpolitiker, Oberbürgermeister und Bürgermeister, Landräte und Mitglieder aus den Stadt-, Gemeinde- und Kreisparlamenten, dazu eine stattliche Zahl von Bundes- und Landtagsabgeordneten, waren in Ingolstadt im neuerbauten Stadttheater zusammengekommen, um mit einer Landeskonferenz den Wahlkampf zu den am 13. März 1966 stattfindenden bayerischen Kommunalwahlen zu eröffnen.

Wohl mit Vorbedacht war Ingolstadt als Tagungsort gewählt worden. Ist es doch jene bayerische Stadt, in der, wie vielerorts, so auch hier, die Sozialdemokraten hoffen, mit einer noch stärkeren Fraktion als bisher ins Rathaus einziehen zu können, in der sie aber auch bei der gleichzeitig stattfindenden Oberbürgermeisterwahl aus guten Gründen erwarten dürfen, daß ihr Kandidat, der bisherige junge und rührige Ingolstädter Landrat, Dr. Stinglwagner, zum Stadtoberhaupt gewählt wird.

Die ausgezeichnete Organisation der Veranstaltung, die sachkundige Darstellung der Sorgen und Nöte der Kommunen und der sozialdemokratischen Forderungen und Vorstellungen zur Kommunalpolitik haben sicher weder bei den Delegierten noch bei den Gästen ihren Eindruck verfehlt.

Im Hauptreferat stellte Oberbürgermeister Dr. Hans-Jochen Vogel, München, planen und investieren als Hauptaufgabe der Gemeinden heraus; damit sich die Schere zwischen privatem Wohlstand und öffentlicher Armut nicht noch weiter öffne und nannte als Einzelmaßnahmen die verbesserte Finanzausstattung der Gemeinden, die verstärkte Beteiligung der Gemeinden an der Mineralölsteuer, die Forderung nach Fortsetzung des sozialen Wohnungsbaus und nach einer wirksamen Bekämpfung der Bodenspekulation. Fast programmatischen Charakter trugen seine Darlegungen zu den nächsten Aufgaben sozialdemokratischer Kommunalpolitiker in den Städten, Landkreisen und Gemeinden, die sich fast überall stellen und aufgegriffen und angepackt werden müßten:

1. Unsere Städte, Landkreise und Gemeinden brauchen mehr Klarheit über ihre künftige Entwicklung und über den Zustand, den sie selbst als wünschenswert anstreben wollen. Nur wer die Haupttriebkraft der Entwicklung für seine Stadt, seinen Landkreis, seine Gemeinde kennt und wer konkrete Vorstellungen darüber besitzt, wie seine Kommune in etwa 25 Jahren aussehen soll, kann auch auf die immer rascher werdende Entwicklung Einfluß nehmen und Fehler vermeiden, die sich nur schwer korrigieren lassen. Ich glaube, daß heute keine Gemeinde mehr ohne einen Flächennutzungsplan auskommt. Die Städte und größeren Gemeinden brauchen darüber hinaus Stadtentwicklungspläne und Gemeindeentwicklungspläne, die ein Leitbild für die Zeit bis etwa 1990 geben.
2. Hand in Hand mit diesen Plänen und aus ihnen abgeleitet sollten Mehrjahresprogramme aufgestellt werden, in denen die notwendigen Investitionen für einen Zeitraum von etwa fünf Jahren vor-

- anschlagt und nach ihrer Dringlichkeit geordnet sind. Der Jahresrhythmus unserer Haushaltspläne ist zu kurz geworden. Die planerische Vorbereitung der einzelnen Vorhaben, ihre Koordinierung, der Grunderwerb, aber auch die Knappheit unserer Mittel verlangen ein Denken in längeren Zeiträumen.
3. Wir müssen mehr als bisher mit unseren Fachleuten zusammenarbeiten. Auch außerhalb der Verdichtungsräume sind unsere Verwaltungsgrenzen nicht mehr identisch mit den Grenzen der Lebens-einheiten. Und viele Aufgaben lassen sich gemeinsam billiger und vernünftiger lösen. Die Möglichkeiten, die hier bestehen, sind noch lange nicht ausgeschöpft.
 4. Wir müssen uns noch stärker darum bemühen, unseren Bürgern die kommunalen Probleme näherzubringen und um ihr Verständnis und ihre Zustimmung zu werben. Die vom Gesetz vorgeschriebene Bürger-versammlung sollte daher nicht als lästiger Zwang, sondern als eine Chance angesehen werden. Das Gespräch mit jedermann ist nirgends wichtiger als in der Gemeinde. Es gehört zur lebendigen Selbstverwaltung.
 5. Da und dort sind wir Sozialdemokraten noch immer in einem gewissen Gettodenken befangen. Das müssen wir überwinden. Je mehr wir mitten im sozialen Leben unserer Gemeinden stehen, desto mehr wächst uns an Vertrauen zu. Wir sollten unsererseits niemand von der sachlichen Mitarbeit ausschließen, der verantwortungsbewußt und ernst zu Werke geht. Wo wir die Mehrheit besitzen, sollten wir die Argumente der anderen aufmerksam und geduldig anhören und sie mit Sorgfalt prüfen. Wo wir in der Minderheit sind, sollten wir selbst Initiativen ergreifen und von unserem Antrags- und Vorschlagsrecht konstruktiv Gebrauch machen. Schweigende Minderheiten verwandeln sich nur selten in Mehrheiten.
 6. Und schließlich sollten wir nicht müde werden, immer von neuem zu lernen und unsere Kenntnisse zu vertiefen. Der Satz 'Wissen ist Macht' gilt gerade auch in der Kommunalpolitik."

Als Vertreter der Mittelstädte wies Oberbürgermeister Hermann Stiefvater aus Straubing auf die Gefahren hin, die der kommunalen Selbstverwaltung durch die Dotationen des Bundes und des Landes drohen, während der Schwabacher Landrat Seifert die Notwendigkeit einer großzügigen Landschulreform, der überregionalen Planung der Verkehrswege und eines überregionalen Ausbaues der Versorgungseinrichtungen als aktuelle kommunale Forderungen herausstellte. Die aus der Sozialarbeit kommende Kommunalpolitikerin und Landtagsabgeordnete Gerda Laufer forderte eine verstärkte Mitarbeit der Frauen in den kommunalen Parlamenten und der Ismaninger Bürgermeister Erich Zeitler schließlich, unterzog das Verhältnis Gemeinden-Landkreis einer sorgfältigen und kritischen Untersuchung.

Zum Abschluß der Tagung nahm Landesvorsitzender Volkmar Gabert aus der Sicht der Landespolitik Stellung zu den besonderen bayerischen kommunalen Problemen. Eine nach dem 13. März stärkere Sozialdemokratie in den bayerischen Städten, Gemeinden und Landkreisen sei der Garant für einen kommunalen Fortschritt.

Lateinamerikanisches Kaleidoskop

Argentiniens Peronisten weiter auf dem Vormarsch

HD - Die jüngsten Wahlen in der argentinischen Provinz Jujuy und der Sieg der Peronisten lassen erkennen, daß der Peronismus noch immer die stärkste politische Kraft des Landes ist. Obwohl beim letzten peronistischen Kongreß im hochmondänen Seebad Mar del Plata die Spaltung dieser Bewegung der "Descamisados" ("Hemdlosen") offenkundig wurde, hat sich der peronistische Bruderzwist nicht auf die Popularität der Bewegung ausgewirkt, die in den letzten Jahren immer mehr nach links tendiert. Nur mit Mühe wurde eine Spaltung der tonangebenden "62 Gewerkschaften" vermieden, in denen die Peronisten dominieren. Obgleich der peronistische Gewerkschaftsführer Augusto Vánder ausgebootet wurde - er wollte einen "Peronismus ohne Peron" - scheint die große Masse der Peronisten-Anhänger nicht geneigt, sich vor dem Streit der Führungsspitze beeinflussen zu lassen. Der in Madrid wohnhafte ehemalige argentinische Diktator Juan Domingo Peron hat sich der Linie Pekings genähert, wie ein Wechsel von Grußbotschaften zwischen dem exilierten argentinischen General und dem chinesischen KP-Chef Mao Tse-tung beweist. Seltsamerweise sind die meisten Peking-Pilger aus Argentinien keineswegs Kommunisten, sondern überwiegend peronistische Funktionäre. Nicht nur in den Provinzparlamenten, auch im Zentralparlament nehmen die Peronisten eine Schlüsselstellung ein, die es ihnen erlaubt, die Tätigkeit der Regierung des Präsidenten Arturo U. Illia stark zu beeinflussen.

Härterer Kurs in Kubas Innenpolitik

Den Tausenden von Kubanern, die im Laufe der nächsten Monate ihrer Heimat vielleicht für immer adé sagen wollen, wird der Abschied leicht gemacht, denn das Regime von Havanna will die Dauerschrauben anziehen.

Kubas Staatspräsident Osvaldo Dorticos Torrade, ein Altkommunist, hat jetzt neue Maßnahmen gegen "Konterrevolutionäre" angekündigt und die Wirtschaftsfunktionäre zu "erhöhter Wachsamkeit" aufgerufen.

Bei einer Tagung des Parteiaktives des einst von verschwundenen Ernesto Guevara geleiteten Industrieministeriums forderte der Präsident die Funktionäre auf, die Feinde des Regimes aus ihren Stellungen "schnellstmöglich" zu entlassen.

Andererseits distanzierte sich Dorticos Torrade ausdrücklich von Gewaltmaßnahmen im Stile Ulbrichts und stellte sich auf den Standpunkt des ungarischen KP-Führers János Kádár: "Wer nicht gegen uns ist, der ist für uns." Den führenden Funktionären wurde aufgegeben, "in ihren Arbeitsbereichen die Interessen der kubanischen Revolution zu vertreten".

Schwache OAS-Antwort auf die "Konferenz der drei Kontinente"

Wie das berühmte Hornberger Schießen ging eine Debatte der "Organisation Amerikanischer Staaten" (OAS) in Washington aus, die über einen Vorschlag beriet, die Sowjetunion wegen ihrer Unterstützung der "Konferenz der drei Kontinente" vor dem Weltsicherheitsrat aggressiver Handlungen anzuklagen. Dieser Vorschlag wurde von Mexiko und Chile entschieden zurückgewiesen, obwohl beide Länder sich energisch gegen die Beschlüsse von Havanna wandten, die eine Verstärkung der subversiven Tätigkeit in Lateinamerika vorsehen.

Der Vorschlag wurde auf amerikanische Anregung hin von peruanischen Delegierten Juan Bautista Lavalle eingebracht, der bereits vor zwei Jahren als Vorsitzender des OAS-Sicherheitskomitees schärfere Maßnahmen gegen kommunistische Umsturzversuche empfahl, die allerdings auf eine Beschränkung aller bürgerlichen Freiheiten hinausliefen und deshalb der allgemeinen Ablehnung verfielen.

Traum Westeuropa

Wirtschaftliche Dauerkrisen haben Lateinamerika den Südeuropäern verleidet. Kamen noch in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg die meisten Einwanderer aus Spanien, Portugal und Italien, so ziehen es die lateinischen Mittelmeervölker vor, im industrialisierten Mittel- und Westeuropa ihre überschüssigen Arbeitskräfte unterzubringen. Portugal bietet ein gutes Beispiel dafür.

Brasilien, das einzige portugiesischsprechende Land in Südamerika, erhält kaum noch Einwanderer aus Portugal. Dagegen sind bereits 34 000 portugiesische Gastarbeiter in die Bundesrepublik gekommen und mehr als 100 000 nach Frankreich.

Aus einer jetzt veröffentlichten amtlichen Auswanderer-Statistik ist zu ersehen, daß die Zahl der Auswanderer von 1959 bis 1964 von 32 000 auf 73 000 hochschnellte, von denen aber nur ein Bruchteil in die portugiesischen Besitzungen in Afrika (Angola, Mozambique, Port. Guinea) ging: Im Jahre 1959 waren es noch 14 000 Siedler, die der Dauerarbeitslosigkeit im Mutterland entgegen wollten und sich in Afrika niederließen; 1964 ging diese Zahl auf nur 11 000 zurück. Der Gedanke, "Wehrbauer" zu werden, wirkt nicht sehr anziehend auf die jungen Portugiesen, obwohl sich die Regierung jede erdenkliche Mühe gibt, diese zur Umsiedlung nach Afrika zu überreden. Der Hintergedanke: Das portugiesische Element soll gefestigt werden, um die Ansprüche Lissabons auf diese Gebiete zu zementieren.

Gefragt sind heute Frankreich und die Bundesrepublik, während Afrika und Südamerika außer Mode kommen.